

1.1

Obwohl Köln für seine großartige Community bekannt ist, stehen mehr als die Hälfte unserer Jugendlichen nicht zu ihrer Sexualität. Wir wollen ihnen die Unterstützung gut geschulter Lehrerinnen und Lehrer ermöglichen, beispielsweise über eine Kooperation mit der Landesinitiative SchLAu NRW. Weiterhin wollen wir Beratungszentren wie das Rubicon und das Anyway weiter ausbauen. Gleichzeitig soll auch die allgemeine Aufklärungsarbeit an Schulen vorangetrieben und die Finanzierung durch die Stadt Köln fortgesetzt werden. Dazu gehören unter anderem die Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender der Stadtverwaltung, der KLuST, SC Janus, Centrum Schwule Geschichte, Regenbogenfamilien Köln und die Aidshilfe Köln.

1.2

Die Kölner FDP kann sich gut vorstellen, eine empirische Studie in Form von Kinder- und Jugendbefragungen zu unterstützen.

1.3

Die Kandidaten der FDP sind so bunt zusammengestellt wie Köln selbst, sodass es jedenfalls immer persönlich mit den Themen Vertraute geben wird. Dennoch fordern wir auch die Schaffung eines Kinder- und Jugendrates, der über Rede- und Antragsrecht in Ausschüssen und ein selbstverwaltetes Budget verfügt. Dadurch wollen wir es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich mit ihren Themen in die Kölner Politik einzubringen.

2.1

In städtischen Einrichtungen ist dieses Ziel gut über entsprechende Ausbildung der Lehr- und Betreuungskräfte zu ermöglichen, andere Einrichtungen lassen sich über Aufklärungsarbeit des Personals auf Fortbildungen oder durch Aufklärung des jugendlichen Umfelds über die Schule erreichen. Im Sport sollte der Stadtsportbund sowie die Sportjugend entsprechende Fortbildungslehrgänge anbieten.

2.2

Durch Erhöhung der Kapazitäten dieser sinnvollen Aufklärungsprojekte. Weiterhin kann überprüft werden, ob sich die Arbeit gut in den Pflichtstoff einbringen lässt.

2.3

Durch Information der Schulen über den Mehrwert der "Schule der Vielfalt". Schließlich handelt es sich hier zusätzlich zum Aktivwerden gegen Diskriminierung um ein gutes Aushängeschild für die Schulen.

2.4

Eine Fachberatung, beispielsweise über die Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender der Stadtverwaltung, befürworten wir ausdrücklich.

2.5

Im Schulunterricht ist sicherlich noch einiges zur Förderung der Akzeptanz unterschiedlicher sexuellen Orientierungen und Identitäten zu verbessern. Wir sind dazu regelmäßig im Austausch mit der Schulministerin Yvonne Gebauer, einer Kölnerin, die sieben Jahre schulpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Kölner Rat war und schon in dieser Zeit das Schulprojekt „SchLAu“ unterstützt hat.

2.6

Wir setzen hier besonders auf gesamtgesellschaftliche Aufklärungsarbeit, die den Auszubildenden einen starken Rückhalt verschafft.

3.1

Wir planen unter anderem auch zur besseren Umsetzung der mobilen Jugendbetreuung eine Erhöhung des daran beteiligten Personals. Auf Initiative der FDP wurde u.a. dafür ein Truck für mobile Jugendarbeit angeschafft.

3.2

Gerade um die Randbezirke zu erreichen, machen wir uns für den verstärkten Betrieb der mobilen Jugendarbeit stark. Auch die Sportjugend leistet in diesem Bereich tolle Arbeit.

3.3

Die Vielfalt der Themen könnte durch eine Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestärkt werden.

3.4

Wir setzen hier besonders auf mehr pädagogisches und psychologisches Fachpersonal, das der Familie auf mehreren Ebenen beratend zur Seite steht.

3.5

Diese Problematik besteht sicherlich. Wie hoch der Bedarf an Notunterkünften für LSBTIQ*-Jugendliche und junge Erwachsene ist, müsste evaluiert werden, damit wir das richtige Angebot schaffen.

4.1

Wir setzen uns gleichermaßen für alle unter der Bezeichnung LSBTIQ* zusammengefassten Menschen ein. Gerade der Austausch, der durch gemeinsame Arbeit mit allen stattfindet, ist in unseren Augen ein Mehrwert.

4.2

Wir befürworten die Überprüfung städtischer Seiten und Formulare auf strukturelle Diskriminierung und ggf. deren Überarbeitung. Besonders bei Anmeldeformularen für die Schule wurde auf FDP-Initiative schon eine Änderung vorgenommen. Welche weiteren Schritte erforderlich sind, sollte in der Stadtarbeitsgemeinschaft LST des Kölner Rates diskutiert werden.

4.3

Wir setzen auch hier weiterhin auf eine gesamtgesellschaftliche Aufklärung durch entsprechende Vereine oder Betreuerinnen und Betreuer.

4.4

Dieses Thema gehört auf die Agenda der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik des Kölner Rates.

4.5

Uns ist besonders die fehlende Stimme und mangelnde Mitgestaltungsmöglichkeit für nicht wahlberechtigte Jugendliche in der Kommunalpolitik aufgefallen. Für junge Menschen unter 16 Jahren, die sich für unsere schöne Stadt einbringen wollen, sich aber nicht an eine Partei oder Jugendorganisation binden möchten, fehlt ein entsprechendes Angebot. Durch die Einführung eines Jugendparlamentes erhoffen wir uns, diese Missstände angemessen zu beseitigen.